

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport |
Postfach 7125 | 24171 Kiel

An den Vorsitzenden
des Innen- und Rechtsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtags
Herrn Jan Kürschner, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Staatssekretärin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5096
DIE ANLAGE 3 IST VERTRAULICH

22. Juli 2025

Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 9. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 9. Juli 2025 habe ich die Übersendung zusätzlicher Informationen sowie meines Sprechzettels angekündigt. Dem komme ich gerne nach.

1. Stärkung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements

Wie in der Ausschusssitzung erläutert, wurden die Mittel für das Betriebliche Gesundheitsmanagement in der Landespolizei mit dem Haushalt 2025 um 300 T€ erhöht und damit ein Ausbau der Maßnahmen ermöglicht. Anliegend übersende ich Ihnen eine Aufstellung der Maßnahmen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement. Ergänzend hierzu kann ich Ihnen mitteilen, dass folgende Maßnahmen bereits umgesetzt werden konnten:

- Bereitstellung von zusätzlichen Deskbikes und Gymbaboards für die antragstellenden Dienststellen
- Bereitstellung von angeforderten Deskwalk im Rahmen eines Pilotprojekts für die Leitstellen des Landes

- Begleitung von beantragten Teamentwicklungsmaßnahmen, vorangegangen ist die Entwicklung von Standards für die Begleitung der Maßnahmen mit entsprechenden Prozessen
- Erweiterung der Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung, insbesondere durch neue Themen wie beispielsweise „Wechseljahre“
- Planung einer Präsenzveranstaltung in Altenholz mit dem Thema „Gesundes Führen“
- Bereitstellung von neuen Fitnessgeräten für vorhandene Fitnessräume

2. Sachstand zur Studie „Schutzlücken schließen – Frauen besser vor Gewalt schützen“

Nach Erstellung von Leistungsbeschreibung und Bewertungsmatrix wurde das Vergabeverfahren inzwischen durch die GM.SH gestartet. Der Zeitplan sah vor, dass Angebote bis zum 18.07.25 abgegeben werden konnten. Diese Frist wurde um eine Woche bis zum 25.07.25 verlängert.

Eine Prüfung der Angebote sowie die Erstellung eines Vergabevorschlages können entsprechend in der darauffolgenden Woche erfolgen. Die Zuschlagserteilung war für den 05.08.25 vorgesehen. Aufgrund der Verlängerung der Angebotsfrist ist diese nun für den 12.08.25 vorgesehen.

Da es sich in diesem Fall um eine unterschwellige Verhandlungsvergabe gem. §8 Abs. 4 Nr. 17 i.V.m. § 12 UVgO (bis 150.000 € netto) handelt, wurden der GM.SH vier geeignete Bieter benannt, die zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert wurden.

Die Vergabe erfolgt über die elektronische Vergabeplattform der GM.SH.

Die Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zur „Erstellung einer Studie zum Thema häusliche Gewalt - Schutzlücken schließen“ habe ich beigefügt.

Ergänzende Informationen zum Sachstand zum polizeilichen Einsatztraining und zum IT-Haushalt der Landespolizei werden ich Ihnen zeitnah unaufgefordert zukommen lassen.

Ich bitte Sie, die Informationen den weiteren Mitgliedern des Innen- und Rechtsausschusses zur Kenntnis zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen



Magdalena Finke

Anlagen

1. Sprechzettel
2. Aufstellung der Maßnahmen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement
3. Aufforderung zur Abgabe eines Angebots „Erstellung einer Studie zum Thema häusliche Gewalt - Schutzlücken schließen“

09 Juli 2025

TOP 01

Belastung bei der Landespolizei erkennen und reduzieren

Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 20/2489)

Gezielte Entlastung der Landespolizei

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90 /

DIE GRÜNEN (Drucksache 20/2527)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich möchte Ihnen heute die aktuellen Fortschritte zur Thematik Belastung und Entlastung der Landespolizei vorstellen.

Dabei werde ich insbesondere auf die neuesten Entwicklungen eingehen, die seit der letzten Berichterstattung im Februar dieses Jahres erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Rund 9.700 Kolleginnen und Kollegen unserer Landespolizei stehen tagtäglich für unser aller Sicherheit ein. Hinter jeder Uniform steht ein Mensch – und Ihr Einsatz für unser Land verdient unseren höchsten Respekt.

Hybride Bedrohungen, Digitalisierungsprozesse, neue Kriminalitätsformen und eine angespannte Sicherheitslage nicht nur bundes- sondern weltweit mit steigender Tendenz und zunehmend komplexeren Herausforderungen müssen durch unsere Polizistinnen und Polizisten bewältigt werden.

Die physischen und psychischen Belastungen nehmen dabei ebenso zu.

Um Überlastungen vorzubeugen, arbeiten wir auf allen Ebenen an Maßnahmen, die zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen beitragen.

Lassen Sie mich einige Punkte hervorheben:

Wie schon beim letzten Mal erwähnt, haben wir in den letzten Jahren fast 900¹ zusätzliche Stellen für unsere Landespolizei geschaffen. Die bereits laufenden Prozesse konnten wir im Rahmen der Umsetzung des Sicherheitspakets noch weiter vorantreiben.

Wir haben im Kampf gegen den Kindesmissbrauch im Internet die Stellen der Ermittlerinnen und Ermittler verdoppelt sowie eine KI-gestützte Software eingeführt.

¹ Beinhaltet Vollzugs- und Tarifstellen

Diese Maßnahmen zeigen bereits Wirkung und wir bekommen dies von Kolleginnen und Kollegen auch zurückgespiegelt.

Zudem werden unsere Vollzugsbeamtinnen und –beamten nicht nur umfänglich durch Tarifbeschäftigte unterstützt und entlastet, sondern wir haben in verschiedenen Bereichen die Meldewege und Zusammenarbeitsbeziehungen durch technische Lösungen wie z.B. den Einsatz von KI-gestützter Auswertesoftware oder die Standardisierung bei der Strafverfolgung in einfach gelagerten Fällen

sowie die Zentralisierung und den Aufbau einer Abteilung zur Bekämpfung von Cyberkriminalität im Landeskriminalamt, zur Entlastung etabliert.

Dies sind nur einige, exemplarisch herausgegriffene Themenfelder, in denen Tarifbeschäftigte, technische Lösungen und KI einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag in der Kriminalitätsbekämpfung leisten.

Aber wir haben nicht nur unsere Ermittlerinnen und Ermittler bei der Kriminalitätsbekämpfung gestärkt!

Nein, auch in der Einsatzbewältigung von Großveranstaltungen, Demonstrationen oder Fußballspielen wird durch den Aufbau unserer 2. Einsatzhundertschaft, der zum 01.08.2027 abgeschlossen sein wird, die Entlastung deutlich spürbar sein.

Der Aufbau der 2. Einsatzhundertschaft hat dazu geführt, dass wir seit dem 01.04.2025 in Schleswig-Holstein wieder eine Bereitschaftspolizeiabteilung bei der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung haben.

Damit stärken wir die Kompetenzen unserer Bereitschaftspolizei und sind hochflexibel in der professionellen Bewältigung komplexer Einsatzlagen.

Der Leiter der PD AFB Herr LPD Kock und Polizeioberrat Kahler werden Ihnen diese organisatorischen, logistischen und personellen Änderungen im anschließenden nicht öffentlichen Teil des heutigen Innen- und Rechtsausschusses darstellen.

Sehr geehrte Abgeordnete,

sehr geehrter Herr Vorsitzender,

werte Gewerkschaftsvertretungen,

bislang habe ich ausschließlich die positiven Entwicklungen und Veränderungen im Arbeitsumfeld der Polizistinnen und Polizisten skizziert.

Lassen Sie mich nunmehr auf die Thematik der mentalen Einflussfaktoren und damit einhergehenden psychischen Belastungen reflektieren.

Der Polizeiabteilungsleiter, Herr Minnerop, die Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei und der Hauptpersonalrat haben kürzlich eine neue Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) geschlossen und zum 1. Juli in Kraft gesetzt.

Damit wollen wir alle Mitarbeitenden bestmöglich bei der Überwindung ihrer Arbeits- und Dienstunfähigkeit unterstützen.

Mit ihr werden Transparenz, Verlässlichkeit und Qualität im Verfahren weiter gestärkt. Denn wer krank ist, braucht Zeit zur Genesung – und manchmal eben auch Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Arbeitsalltag.

Durch eine klare Rollendefinition der einzelnen Verfahrensbeteiligten und Beschreibung des konkreten Verfahrensablaufs, inklusive konkreter Handlungsfelder, haben alle Protagonisten die Möglichkeit, sich zu orientieren, zu argumentieren und Prozessschritte zu verstehen.

Das beschriebene Verfahren hilft nicht nur den Kolleginnen und Kollegen dabei, gute Lösungen für den Wiedereinstieg oder die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit zu finden.

Darüber hinaus erfassen wir statistisch die Überstunden und Krankheitstage von Polizistinnen und Polizisten in einem Dashboard.

Wir wollen im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements - unter Einbindung der Gremien - unsere Erkenntnisse weiter verbessern, um fortführende Maßnahmen zur Stärkung eines gesunden Arbeitsumfeldes zu implementieren.

Daher haben wir den Haushaltstitel für das Betriebliche Gesundheitsmanagement um 300.000 € erhöht.

Das Personalmanagement des LPA hat in mehreren Workshops Belastungen identifiziert und Vorschläge erarbeitet, um die Gelder bedarfsgerecht einzusetzen.

In einer Auftaktveranstaltung am 07.08.25 werden die Führungskräfte der Landespolizei für die Themen Betriebliches Gesundheitsmanagement und gesundes Führen weiter sensibilisiert.

Zuvor ist bereits die Dienstvereinbarung Konflikt überarbeitet und unterzeichnet worden,

die noch als Anforderung in unserem Aufgabenheft resultierend aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss stand.

Unsere Landespolizei stellt damit eine überarbeitete Dienstvereinbarung zur Prävention und Bearbeitung von Konfliktsachverhalten vor.

Aufbauend auf den Erkenntnissen der letzten zehn Jahre ist dies ein modernes und praxisnahes Instrument.

Zum Gesundheitsmanagement gehört selbstverständlich die Arbeitszufriedenheit der Polizistinnen und Polizisten.

Daher haben wir uns auch mit der Auswertung der Statuserhebung „Arbeitsfähigkeit und Gesundheit“ für den Bereich der Landespolizei befasst.

Die Statuserhebung dient dazu herauszufinden, wie es um die Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten der Landesverwaltung steht und welche Belastungs- und Schutzfaktoren sie im Arbeitsalltag wahrnehmen.

Das Arbeitsklima in den Organisationseinheiten wurde überwiegend positiv bewertet.

Bei allen positiven Ergebnissen ist natürlich auch der Blick auf kritische Ergebnisse zu fokussieren. Wir müssen uns die Führung anschauen. Das wird auf unterschiedlichen Ebenen betrachtet und bearbeitet.

Arbeitsverdichtung und Gemeinschaftsgefühl sind neben dem Lernen (Wahrnehmung neuer Aufgaben als positive Herausforderung, aktuell am geringsten ausgeprägter

Schutzfaktor) auch in der Landespolizei die wichtigsten Stellschrauben.

Des Weiteren ist es sehr erfreulich, dass das bestehende psychosoziale Beratungsangebot der Landesverwaltung voraussichtlich ab dem 15. Juli 2025 nunmehr auch allen Beschäftigten der Landespolizei zur Verfügung stehen wird. Das ist eine sehr gute Ergänzung zum Landespsychologischen Dienst.

Damit eröffnen wir den den Beschäftigten unserer Landespolizei den Zugang zu einem weiteren psychologischen Angebot.

Die psychosoziale Beratung kann für private und dienstliche Themen genutzt werden.

Termine stehen innerhalb weniger Tage zur Verfügung, so dass eine schnelle Unterstützung und Hilfestellung erfolgen kann.

Neben diesen wichtigen Schritten im Bereich des BGM brauchen wir weiterhin eine Reflexion der angewachsenen Aufgaben, der veränderten Arbeitsbedingungen und bewährter Arbeitsprozesse.

Ich sage aber auch ganz klar: Bei einer Überlastung braucht es auch individuelle Lösungen – und die finden wir bereits gemeinsam mit den Führungskräften und den Betroffenen.

Im Rahmen der Fürsorge werden auch zukünftig Gespräche geführt und bei Bedarf unter Einbeziehung der Personalstellen Maßnahmen zur Entlastung getroffen.

Meine Damen und Herren,

aufgrund der besonderen Voraussetzungen und Herausforderungen im Polizeiberuf, ist es erforderlich, nicht nur

für die Gesunderhaltung der Mitarbeitenden sondern ebenso ihre Arbeitszufriedenheit als Führungsaufgabe zu verstehen.

Sie erkennen, dass die Landesregierung durch vielfältige Befassungen und Maßnahmen fortwährend gezielt daran arbeitet, die Landespolizei zu entlasten.

Denn mehr Personal allein kann das Problem der Belastung nicht lösen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen leben ihren Beruf mit Leidenschaft und voller Hingabe für die Menschen in unserem Land. Und ich danke allen für ihren täglichen Einsatz.

Fürsorge und ihre Gesundheit stehen daher stets an erster Stelle

Vielen Dank!

Belastungen	Maßnahmen	Inhalte
Schlafstörungen	Digitaler Gesundheitstag	Vorträge
Stress		Augenblickmal
Ernährung		Bewegung am Arbeitsplatz/Ergonomie
Wechseljahre		Gesundes Führen
		Selbst- Zeitmanagement
		Resilienz
		Gesund und Fit im Home Office
		Autogenes Training
		Achtsamkeitsseminare
Psychosoziale Belastungen	OZ 905	Angebote für Lebensältere ab 45
Arbeitsorganisatorische Belastungen		Trennung nach Geschlechtern
Soziale Belastungen		Fitness und Ernährung
		Achtsamkeit und Stressmanagement
		Schlafgesundheit
Kommunikationsprobleme	Team Building	Teamanalyse/ Teamrollen
Unklare Rollen und Verantwortlichkeiten	Teamentwicklung	Erwartungskklärung
Hohe Arbeitsbelastung		Konfliktbearbeitung/ Feedbackkultur
		Rollenklärung & Verantwortlichkeiten
		Gesunde Kommunikation
		Selbstorganisation & agile Arbeitsmethoden
		Onboarding
Arbeitsorganisatorische Belastungen	Inhouse Seminare	Stärkung persönlicher Kompetenzen
Psychosoziale Belastungen		Gesundes Führen, Stress, Resilienz,
Persönliche Stressoren (Lebensumstände)		Onboarding, Ernährung, Entspannung
Psychosoziale Belastungen	Supervision	Zielgruppen:
Arbeitsorganisatorische Belastungen	(Ausbau Angebote)	Sachbearbeiter (M/W/D) Sexualdelikte
Rechtliche-ethische-Belastungen		Frauen
Soziale Belastungen		Führungskräfte
	Behördeninterne Vergabe	Gesundheitstage
	Gesundheitszirkel	Kursangebote
	3.000€ pro Amt u. Behörde	
	BGF Kursangebote ausbauen	Bewegung
		Entspannung
		Ernährung
		Gesundheitskompetenz
Fehlbelastungen	Hardware/Sportgeräte	Deskbikes
Rückenschmerzen		Gymbaboard
Muskuläre Dysbalancen		Balanceboards
Haltungsschwächen		Deskwalk
		(feste Zuweisung an Ämter und Behörden)



Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: L 2129
Meine Nachricht vom:
Bearbeiter/in:

Telefon (0431) 988--1174

Telefax (0431) 988-1155

luD.info@landtag.ltsh.de

Sehr geehrte Nutzerin,
sehr geehrter Nutzer,

die Anlage 3 des Umdrucks ist *vertraulich* und steht im Internet nicht zur Verfügung.

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiterinnen des Ausschussbüros oder an den Informations- und Dokumentationsdienst
(luD.info@landtag.ltsh.de).